

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Streiten gehört zur Demokratie!

Ich weiß nicht, wer diese Aussage zuerst getroffen hat. Aber ich kann sie voll und ganz unterstreichen. Denn wie, wenn nicht durch einen leidenschaftlichen Diskurs, durch leidenschaftliche Debatten, könnten wir sonst die Entwicklung unserer Gemeinschaft voranbringen?

Hätten unsere Vorväter nicht gestritten, so könnten wir heute unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat nicht so leben, wie wir es eben tun.

Vor diesem Hintergrund ist das Bürgerbegehren, über das wir heute zu entscheiden haben, ein gutes Beispiel.

Es haben sich Bürgerinnen und Bürger aus den unterschiedlichsten Gründen zusammen getan um sich mit einem Aspekt unseres Stadtlebens, intensiv auseinanderzusetzen: Sei es für diese Entwicklung, oder sei es dagegen.

Egal welche Position man dabei einnimmt, ob bei der Initiative Pro Friedhofsruhe oder Fair Skate: Das Engagement für unsere Stadt ist und bleibt lobenswert und verdient Respekt.

Wir im Rat der Stadt Olfen haben uns, wie in vielen anderen Entscheidungen, die wir als von unserer Bürgerinnen und Bürgern gewählte Vertreter zu treffen haben, nach einem langen Prozess mit Beteiligungen, Anhörungen und Gutachten am 11.07. in diesem Jahr für den Bau einer Skateanlage am Standort Tennishalle entschieden.

Für diesen Prozess, der bereits bis zum Juli gelaufen ist, mag bereits der Ausspruch von Willi Brandt gelten:

Wir sind keine Erwählten, wir sind Gewählte. Deshalb suchen wir das Gespräch mit allen, die sich um diese Demokratie bemühen.

Wie gesagt, das ist eine von vielen Entscheidungen, die wir zum Wohle unserer Stadt zu treffen haben.

Wir wissen aus langjähriger Erfahrung, dass nicht jede Entscheidung bei allen Olfenern gleich gut ankommt. Auf Platt kann man das sehr gut ausdrücken:
Wat dem eenen sin Uhl, datt is dem annern sin Nachtigall.

Unsere Entscheidungen sind also davon geprägt in einem intensiven Prozess alle Argumente für oder gegen eine Maßnahme abzuwägen. Dabei ist es uns ganz wichtig, unser gesamtes Gemeinwesen, dass Gesamtinteresse unserer Stadt im Blick zu haben.

Dabei nehmen wir natürlich auch die Betroffenheit von Anwohnern in den Blick: Sei es bei der Ausgestaltung und Betrieb des Steversportparks, sei es bei der Ausweisung neuer Baugebiete, die sich an alten Wohnbestand anschließen, sei es beim Naturbad und sei es auch wie bei der Skateanlage, bei der Betroffenheit der Initiatoren und Leserbriefschreiber Pro Friedhofsruhe, die in Nachbarschaft in der Eichenstraße und Im Selken wohnen.

Diese persönliche Betroffenheit nehmen wir, wie in anderen Fällen auch, ernst. Aber auch die mögliche Betroffenheit der Friedhofsbesucher und der Nutzer der Steverraue.

Aus diesem Grunde sind neben dem eigentlichen Bau der Anlage weitere begleitende Maßnahmen vorgesehen wie z. B. eine Videoüberwachung.

Es sei hier an dieser Stelle ausdrücklich gesagt: Nicht um die Nutzer der Skateanlage zu überwachen, sondern eine Fremdnutzung wie wir sie leider an einigen Punkten in Olfen wie an der Grundschule, an der Wetterschutzhütte, an der Drei Bogen Brücke und am Schaukelesel in der Steverraue leider immer wieder beobachten müssen. Wie gesagt: Kein Skateanlagen Problem, sondern eine Maßnahme, die Sorgen der Betroffenen zu mildern.

Wie sie meinen Ausführungen entnehmen können, sind unsere Entscheidungen von Sachargumenten geprägt.

Die Argumente zum Thema Skateanlage sind hinreichend ausgetauscht worden.

Neue Erkenntnisse oder neue Argumente die unsere Entscheidung aus dem Juli revidieren könnten, sind im Rahmen des Bürgerbegehrens nicht aufgetaucht.

Was mir jedoch erheblich in der Art und Weise der Auseinandersetzung zu denken gibt, fokussiert sich in dem Schreiben der Initiative Pro Friedhofsruhe vom 23.11. 2017 an alle Ratsmitglieder.

Der Tenor des Schreibens ist geprägt durch das Wort „Verlierer“:

Wenn wir als Rat dem Begehren heute nicht stattgeben würden, wären alle Beteiligten Verlierer:

- die Initiative sei Verlierer, weil sie vergeblich auf die Einsicht der politisch Verantwortlichen gesetzt habe.

Diese Formulierung unterstellt, dass wir als Ratsvertreter per se uneinsichtig sind. Die Aussage der Initiative zeugt entweder von einer Nichtkenntnis der ehrenamtlichen Arbeit des Rates und der Mühe, die wir uns wie vorhin von mir dargelegt, mit den Entscheidungen machen. Oder sie zeugt von Unsachlichkeit, die mit dem Sachthema Skateanlage nichts zu tun hat und die Arbeit des Rates bewusst diskreditiert.

- Die Jugendlichen seien die Verlierer, weil sie nur unter strengen Auflagen ihrem Sport nachgehen können.

Nein, die Jugendlichen sind keine Verlierer. Sie stellen sich der Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft, sie werden Rücksichtnahme zeigen und haben sich in einem vorbildlichen Austauschprozess an der Entwicklung der Idee Skateanlage beteiligt. Das ist schon ein Gewinn an sich.

- Unser Bürgermeister sei der Verlierer, weil er wankelmütig sei, da er einseitig Partei genommen habe.

Auch diese Formulierung könnte auf der einen Seite von einer Nichtkenntnis der Initiative zeugen, wie Entscheidungsfindungsprozesse gerade im öffentlichen Raum verlaufen. Oder sie zeugt von Unsachlichkeit, die die Arbeit des Bürgermeisters bewusst diskreditiert.

- Wir als Rat seien der Verlierer, weil er den Rückhalt in der Bevölkerung verloren habe und Gefahr läuft, dass bei der nächsten Wahl zu spüren zu bekommen.

Diese Äußerung der Initiative ist unabhängig von der Frage, ob es wirklich so ist, dass der Rat den Rückhalt in der Bevölkerung verloren habe, in Bezug auf das Sachthema Skateanlage schlichtweg unsachlich und versucht mit Ängsten zu spielen. Hier komme ich nicht umhin, diese Aussage an der Grenze zum Populismus zu verorten.

Wir entscheiden im Rat nach Abwägung aller uns vorliegenden Sachargumente. Die Bewertung und Gewichtung dieser Argumente mag falsch oder richtig sein. Aber wenn wir meinen, dass die Entscheidung richtig ist, dann treffen wir sie nicht mit Blick auf eine Wahl, sondern weil wir der Meinung sind, dass das die beste Entscheidung für unser Stadt ist.

- Über 10 % Protestwähler rechter und rechtsextremer Parteien bei der letzten Bundestagswahl sollten uns laut Initiative zu denken geben.

Auch diese Aussage ist von der Sache her weit entfernt. Auch hier wird versucht mit Ängsten zu spielen. Sie unterstellt im Übrigen, dass das Wahlergebnis der AfD in Olfen zum Deutschen Bundestag nur von der Unzufriedenheit dieser Olfener AfD Wählerinnen und Wähler mit der Olfener Skateanlage bestimmt ist.

Der Rat der Stadt Olfen ist natürlich ein wichtiges Organ innerhalb unserer kommunalen Selbstverwaltung, aber dass wir einen solchen Einfluss auf die Bundespolitik haben, halte ich doch für ausgeschlossen. Das wäre dann eine sehr krasse politische Fehleinschätzung.

- Die Bürgerinnen und Bürger seien Verlierer, weil Steuergelder in Höhe von über 300.000 € aufgebracht werden müssen.

Das bedeutet dann ja nach Meinung der Initiative, dass auch Investitionen in unser Naturbad, in unsere Sportstätten, in die Steveraue verlorenes Geld ist.

Hierzu bleibt von meiner Seite festzustellen, dass der Rat der Stadt Olfen seit 2009 schuldenfreie Haushalte beschließt, dass wir die geringsten Steuerbelastungen in der Umgebung haben und dass wir in der vergangenen Woche durch die Gemeindeprüfungsanstalt des Landes NRW die beste Note für unsere Finanzpolitik bekommen haben.

Da geht die Bezeichnung Verlierer doch wohl sehr an der Sachlage vorbei.

Als glatt populistisch und damit komplett an der Sache der Skateanlage vorbei werte ich die Aussage der Initiative

- Die da oben machen doch, was sie wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,

ich gehe davon aus, dass wir allesamt nicht die da oben sind, sondern Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die sich zur Wahl gestellt haben und gewählt worden sind, um unser Gemeinwesen verantwortlich zu gestalten. Um mit den Worten meines Vorgängers im Amt des Fraktionsvorsitz zu sprechen:

Es gibt nicht die Stadt und den Rat auf der einen Seite und die Bürgerinnen und Bürger auf der anderen. Die Stadt Olfen, das sind wir alle.

Deshalb:

Respekt vor dem Einsatz aller, egal ob pro oder contra, im Rahmen der Angelegenheit Skateanlage befassten Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Deshalb:

Gehen wir fair miteinander um, schüren wir keine Ängste und keine Ressentiments.

Bleiben wir bei der Sache!

Lassen Sie mich mit einer Aussage des ehemaligen Bundestagspräsidenten, Prof. Dr. Norbert Lammert schließen:

Er hat in einem Interview auf die Frage, was er vom Wunsch aus Teilen der Bevölkerung hält, politische Entscheidungen selbst zu fällen bzw. in die Hand zu nehmen wie folgt geantwortet. Ich zitiere:

„Zuerst einmal muss mir alles gefallen, was an ernsthaftem, politischem Gestaltungswillen zum Ausdruck kommt.

Es geht um den Unterschied zwischen der repräsentativen und der plebiszitären Willensbildung

Es gibt kein Verfahren, das über jeden Zweifel erhaben ist.

Wir befinden uns gegenwärtig in der Situation, wo viele Bürger, jeweils an konkreten Beispielen, lieber an Stelle der dafür gewählten Stadträte oder Landtage oder meinetwegen des Bundestages, selber Entscheidungen herbeiführen wollen.

Aber ob die, die dies für sich reklamieren, den mehrheitlichen Willen der Bevölkerung zum Ausdruck bringen, ist damit noch lange nicht entschieden“ Zitat Ende.

Meine Damen und Herren, ich habe dieser Aussage nichts mehr hinzuzufügen. Die CDU Fraktion beantragt das Bürgerbegehren abzulehnen und den Weg eines Bürgerentscheids als ein legitimes Mittel unserer Demokratie zu beschreiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.